## Werk

**Titel:** Buchbesprechungen

**Ort:** Bern

**Jahr:** 2005

**PURL:** https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0020|LOG_0042


## Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

# Buch-besprechungen

***Ingo Böhle, Private Krankenversicherung (PKV) im Nationalsozialismus. Unternehmens- und sozialgeschichtliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Krankenversicherung AG (DKV), Mabuse-Verlag: Frankfurt a. M. 2003. 312 Seiten. 29 €***

EIN dröge anmutendes Thema, ein wenig reißerischer Titel – dennoch ein wichtiges Buch: So muss in Kurzform das Resümee der hier zu besprechenden Dissertation Ingo Böhles lauten.

Die Geschichte der privaten Krankenversicherung (PKV) reicht weit zurück. Sie ist kein Produkt der Zerstörung des bundesdeutschen Sozialstaates, kein unmittelbares Resultat wirtschaftsliberaler Prämissen, sondern »ein Kind der inflationären Geldentwertung nach dem Ersten Weltkrieg« – und wurde zur »Boombranche« (S. 15), deren Aufstieg durch die Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 nicht aufgehalten wurde, wie Böhle überzeugend zeigen kann.

Böhle hat die Arbeit anlässlich des 75jährigen Bestehens der heute größten privaten Krankenkasse, der Deutschen Krankenversicherungs AG (DKV) verfasst. Die in viele unternehmensgeschichtliche Arbeiten aufgenommene und häufig unglaubwürdige Formel, dass die Unternehmensleitung keinen Einfluss auf die inhaltlichen Ausführung genommen hat, trifft in diesem Fall hundertprozentig zu: Böhle hat keine der für seinen Auftraggeber unangenehmen Wahrheiten verschwiegen.

Die Arbeit, die ein knappes halbes Jahrhundert umschließt (1919/23 bis 1950/52), ist übersichtlich chronologisch gegliedert; jedes der sechs Kapitel enthält einen Abschnitt über die PKV und einen über die DKV. Böhle skizziert zunächst den raschen Aufstieg der PKV seit Mitte der zwanziger Jahre: Waren 1914 lediglich 43 000 Menschen versichert, strömten mit dem Ende der Inflation vor allem Selbständige und Angehörige der Freien Berufe, die nicht in die gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen wurden, in die PKV. Ende 1924 lag die Zahl der in der PKV Versicherten bei 500 000, 1932 bei 3,9 Millionen. Da im Handel sowie in den Freien Berufen von den Nazis seit 1933 als »Juden« klassifizierte Deutsche weit überproportional vertreten waren, zugleich jedoch der Antisemitismus im Kleinbürgertum besonders virulent war, stellte sich für die PKV die »Judenfrage« mit besonderer Brisanz. Böhle hat darauf deshalb zurecht einen Schwerpunkt gelegt, der wahrlich kein Ruhmesblatt der »Privaten« gewesen ist. Die 1925 vom rechtskonservativen bzw. protofaschistischen Deutschen Handlungsgehilfenverband (DHV) gegründeten Deutscher Ring-Versicherungen schlossen Juden von Anbeginn per Satzung als Versicherungsnehmer aus. Die Deutscher Ring-Versicherungen, die 1933 mit der Auflösung aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände in den Besitz der Deutschen Arbeitsfront (DAF) übergingen, waren gewiss ein Extremfall, jedoch einer, der allgemeine Tendenzen

der PKV lediglich besonders scharf markierte.

Zwar war der Deutsche Ring der »Parteisektor« innerhalb der PKV, »Versicherungspartner« nicht allein der DAF, sondern (bereits seit 1929!) ebenso der NSDAP und SA. Aber auch andere PKVs besaßen gute Kontakte zur NS-Bewegung, etwa die Allianz über Kurt Schmitt (den zeitweiligen Reichswirtschaftsminister 1933/34), oder die DKV, die Gerhard Wagner mehrere Jahre (1929 bis 1931) beschäftigte, bevor dieser zum »Reichsgesundheitsführer« wurde. (S. 33 f.) Angesichts dieser Nähe der PKV zur NS-Bewegung war die »Machtergreifung« kein sonderlich scharfer Bruch. Die bei den »Privaten« immer schon relativ kleine Zahl jüdischer Versicherungsangestellter und Vorstandsmitglieder wurde – wenn man von Ausnahmen wie der Handwerkerversicherung »Nova« absieht – relativ rasch entlassen, obwohl ein förmlicher Zwang zur »Gleichschaltung« und »Entjudung« des privaten Versicherungswesens in den ersten Jahren noch gar nicht bestand. (S. 42 ff.) Darüber hinaus »avancierte das antisemitische Ressentiment zu einer der wichtigsten Werbebotschaften der PKV«; die eigene Versicherung wurde als »judenfrei« bezeichnet, konkurrierende Unternehmen als »verjudet« denunziert usw. (S. 56) Mehrere Faktoren stimulierten diese Selbstanpassungsprozesse zusätzlich, darunter nicht zuletzt »die Zusammenarbeit mit der besonders antisemitisch aufgeladenen Ärzteschaft«. (S. 62) Seit dem Novemberpogrom genossen versicherte Juden de facto keinen Versicherungsschutz mehr. (S. 98 ff., 115 ff., 199 ff.; zur DKV bes. S. 144 ff., 207 ff.) Dass sich politisch-ideologische Anpassung lohnte, zeigte sich am rapiden Wachstum der Zahl der PKV-Versicherten (1932: 3,9 Millionen, 1938: 8,4 Millionen, 1944: mehr als 10 Millionen). Die privaten Krankenkassen kollaborierten auf vielen Ebenen: »Zügig« ließ sich die PKV außerdem auf die sozialhygienisch-rassistischen Vorgaben des NS-Regimes ein. Aktiv wurde auch die Kriegspolitik des NS-Regimes mitgetragen. (S. 82 ff., 165, 168 u. ö.) Das Vermögen der PKV wiederum wurde via Reichsanleihen zur Rüstungs- und Kriegsfinanzierung verwendet; unter dem Strich blieb die hierfür bereit gestellte Summe (3,9 Millionen von insgesamt 640 Millionen RM) freilich gering, da die PKV aufgrund unscharfer Risikoabschätzungen nur sehr begrenzt Kapitalrücklagen bildete. Ein weiterer Aspekt, der die finanzielle Situation mancher Gesellschaft eng werden ließ, war schließlich die ›ideologische Begeisterung‹ großer Teile der PKV: Aus weltanschaulichen, vor allem bevölkerungspolitischen Gründen erhöhten sie bereitwillig ihre Leistungen, ohne dass die Versichertenbeiträge und Prämien in ähnlichem Umfang stiegen. Prekär wurde die Lage, als 1936/37 der Preisstopp für Versicherungstarife eingeführt wurde. (S. 90 ff., 165, 170 u. ö.) Inländische Verluste scheinen durch Expansion in das von der Wehrmacht besetzte Europa wettgemacht oder zumindest kaschiert worden zu sein. Auf die europäische Expansion der wichtigsten Gesellschaften der PKV – nicht zuletzt auch der DKV – seit 1938 (zum Teil bereits vorher) geht Böhle ausführlich ein, ebenso auf den häufig massiven Druck, den nicht nur die DAF-Versicherungen aufbauten, um sich PKV-Gesellschaften in den okkupierten Gebieten preisgünstig einzuverleiben (Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Elsaß, Lothringen und Luxemburg). Böhles Resümee: »In den

›angeschlossenen‹ und annektierten Gebieten wurde die einheimische PKV-Wirtschaft durch staatliche Gewalt und die übermächtige reichsdeutsche Konkurrenz fast vollständig beseitigt«. (S. 239) Ökonomisch-rechtlich gefährdet war die Situation der PKV zu keinem Zeitpunkt: Verstaatlichungspläne kleiner Teile der NS-Bewegung blieben vage; »in der Praxis wurde eher privatisiert als verstaatlicht«. (S. 98, 178 ff.) Die bis 1941 virulenten DAF-Pläne für ein völlig neues »Gesundheitswerk« und die Ausweitung der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht auch auf Selbständige wurden bald, bis zum »Endsieg«, ad acta gelegt. (S. 173 ff.) Nach 1945 rekonsolidierte sich die PKV ökonomisch und juristisch schnell, wie Böhle in einem kurzen, jedoch instruktiven Kapitel über die frühe bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte skizziert. (S. 242 ff.) Wenn »auffällig viele«, besonders belastete Vorstandsmitglieder der privaten Versicherungsgesellschaften nach 1945 ihre Funktionen verloren, dann stand dahinter zumeist die Furcht vor geschäftsschädigenden Folgen des Verbleibs offensichtlicher Nazis in den Vorständen und nicht ernstliche Reue. In den Entnazifizierungsverfahren selbst war auf Seiten der Betroffenen von einem »Schuldbewußtsein« nichts zu spüren. (S. 248 f.) Dass jüdische PKV-Versicherte in der Bundesrepublik nicht entschädigt wurden, passt in dieses Bild. (S. 250 ff.)

Meine Kritik betrifft lediglich Nebenaspekte: Dass die DAF im Kontext ihrer Konflikte mit dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsministerium (RWM / RAM) »in keinem zentralen Politikfeld Entscheidungskompetenz erlangen« konnte (S. 50, 123), trifft nicht zu. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Die ursprünglich überwiegend beim RAM liegenden Befugnisse beispielsweise im Sozialen Wohnungsbau eignete sich die DAF sukzessive an. Die Ernennung Leys zum »Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau« 1940 und zum »Reichswohnungskommissar« 1942 waren nur das Siegel unter diese Kompetenzverlagerung. Dass ähnliches für das betriebliche Gesundheitswesen galt, hat unlängst Winfried Süß in seiner fundamentalen Arbeit über den »›Volkskörper‹ im Zweiten Weltkrieg« nachgewiesen. Der machtpolitische Abstieg des RWM und des RAM war wesentlich ein Werk der DAF. Unzutreffend ist außerdem, dass die Auflösung der Angestelltenverbände nach dem 2. Mai 1933 »unter Führung der DHV« geschah und der DHV sich zudem »innerhalb der DAF die Entscheidungskompetenz gesichert« habe (S. 53); dies gilt selbst für den engeren Bereich des DAF-Versicherungswesens nicht. All dies ändert nichts daran, dass Böhle eine überaus lesenswerte Arbeit gelungen ist.

*Rüdiger Hachtmann*

---

***Otto Dov Kulka / Eberhard Jäckel (Hg.), »Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945, Droste Verlag: Düsseldorf 2004. 894 Seiten. 74,90 €***

DER Gedanke, die Juden einfach umzubringen, war nicht neu. Aber noch am 30. November 1933 verwarf ihn das württembergische Innenministerium in einem Lagebericht »zum gegenwärtigen Stand der Judenfrage« – nicht moralisch, sondern pragmatisch: »Einfachste

und primitivste Lösung wäre die physische Ausrottung – Pogrome; sie hat als Mittel auszuscheiden, wie sie neben anderen Gründen übrigens nicht zum Ziele führen würde, wie historische Beispiele (Spanien, Russland) beweisen.« In Stuttgart meinte man damals, erst zehn Monate nach der Regierungsübernahme durch Hitler, es werde wohl auf »die Zuweisung der deutschen Juden in eine besondere staatsbürgerliche Daseinsform« hinauslaufen, »die der einer nationalen Minderheit ähnlich« sei. Bis zur Ausführung des gigantischen Verbrechens war es damals also noch weit.

Die in Jerusalem und Stuttgart ansässigen Herausgeber haben aus einer dem voluminösen Band beigegebenen CD-ROM mit 3744 Dokumenten 752 ausgewählt, die einen sehr guten Eindruck vermitteln, was die NS-Überwachungsorgane in den Nazi-Jahren über die Aktivitäten der in Deutschland lebenden Juden und ihrer Organisationen erfuhren, aber auch, wie die nichtjüdische Bevölkerung zu ihnen und zur Judenpolitik stand. Gestapo und Sicherheitsdienst der SS, Regierungspräsidenten, aber auch regionale Polizei- und Verwaltungsbehörden sowie Parteidienststellen hatten laufend über die Stimmung zu schreiben und waren angehalten, es dabei mit der Wahrheit sehr genau zu nehmen. Die Herausgeber kommen mit Recht zu dem Ergebnis, man dürfe das, was der SD schrieb, zu dem »wohl kritischsten und realistischsten rechnen, während die von der NSDAP verfassten Berichte den Vorstellungen und Erwartungen des Regimes in hohem Masse entgegenkamen«.

Schon 1933 setzten die Boykotte der wenig geschützten jüdischen Geschäfte ein (Der Regierungspräsident Unterfranken meldet am 6. April 1933: »Die Boykottbewegung gegen jüdische Geschäftsleute ist nach den bisherigen Meldungen in mustergültiger Manneszucht durchgeführt worden«) – und es begannen die Auswanderungen; im August 1933 lagen der Palästina-Kommission 50000 Gesuche aus Deutschland vor, obwohl dieses damals britisch verwaltete Gebiet nicht gerade zu den favorisierten Ländern der Auswanderer gehörte – im Grunde wollte ja kaum einer emigrieren, und so kamen auch etliche bald wieder nach Deutschland zurück, weil sich die Situation 1934/35 zu entspannen schien, die jüdischen Geschäfte weniger boykottiert wurden, der Viehhandel noch blühte und auch weiterhin Arier und Nichtarier heiraten konnten. Aber es gab viele Denunziationen und Haftbefehle wegen Rassenschande, und nach den Nürnberger Gesetzen nahm die Auswanderung wieder zu – das SD-Hauptamt meldete am 17. Februar 1937, es seien von den 1933 in Deutschland lebenden 515000 Konfessions-Juden bis Ende 1936 circa 105000 ausgewandert.

Die Dokumente machen nur zu deutlich, dass niemand – weder die deutschen »Normalbürger« noch die deutschen Juden – für möglich hielt, was die Nazis wirklich im Sinn hatten: Antisemitismus ja, aber Deportation und Mord? Aber am 6. Juni 1935 meldete die Stapostelle Münster, »in weiten Kreisen der Bewegung, insbesondere auch der SA« sei »die Ansicht vorherrschend, dass jetzt die Zeit gekommen sei, die Judenfrage restlos zu lösen«, was man damals auch darunter verstanden haben mochte.

Die Sprache der Dokumente ist landauf, landab sehr schnell einheitlich, aber auch die Meinungen und die sich daraus

ergebenden Ereignisse sind gleichgeschaltet. Indes: Unter den Katholiken sind die Menschen viel judenfreundlicher als anderswo. Oft erfährt man auch, wie viele Juden sich selber umgebracht haben, kein Wunder, denn der Druck wurde ständig erhöht, noch vor dem 9. November, der sogenannten »Reichskristallnacht«, wurde im September 1938 angeordnet, ab 1. Januar 1939 müssten alle Juden noch die Vornamen Israel und Sarah annehmen. Und am 8. Oktober 1938 meldet das SD-Hauptamt in Berlin, die Juden befürchteten, »in Konzentrationslagern untergebracht oder auf andere Weise unschädlich gemacht zu werden«. Bald darauf kam der Ausweisungsbefehl für alle Juden polnischer Staatsangehörigkeit – etwa 75 000 Menschen. Und als erst Herschel Grynszpan am 9. November den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris erschoss, war es nicht etwa die spontan »erzürnte Volksseele«, sondern die Politischen Leiter, SA, SS und auch Hitler-Jugend, die 360 Synagogen, jüdische Geschäfte und 31 Warenhäuser in Brand setzten. Das SD-Hauptamt schrieb am 7. Dezember 1938, dass die Bevölkerung von dieser Zerstörungsorgie wenig hielt und neue außenpolitische Schwierigkeiten befürchtete, ein Eindruck, der sich überall immer weiter vertiefte: »Das will der Führer bestimmt nicht« – es gab sogar demonstrative, diesmal wirklich spontane Sympathien für die Juden, wieder vor allem in katholischen Gegenden. Die Menschen hatten auch Angst, dass die erst kürzlich in München gebannte Kriegsgefahr wieder heraufbeschworen werde. Aber stolz stellte das SD-Hauptamt im Rückblick für 1938 fest, dass »die völlige Ausschaltung der Juden aus allen Gebieten öffentlichen und privaten Lebens durch die Aktion vom 9./10.11.1938 verwirklicht« wurde und sie »aus allen Teilen des deutschen Gemeinschaftslebens ausgeschlossen« sind.

Als der Krieg begann, gab es für die Juden kaum noch eine Möglichkeit auszuwandern – es blieben gerade noch einmal die baltischen Staaten, Russland oder Japan – aber wie da hinkommen? Am 4. September 1939 meinte die NSDAP Kreisleitung Kitzingen-Gerolzhofen, »es wäre Zeit, die gesamten Juden in ein Konzentrationslager zu stecken und ihnen die Rundfunkgeräte zu entziehen«: die Erkenntnis, dass die Juden die Schuld am Kriege tragen, sei überall durchgedrungen.

Am 22. und 23. Oktober 1940 wurden circa 7 500 Juden aus Baden und Saarpfalz über Nacht ins unbesetzte Frankreich deportiert – einige entzogen sich dem durch Selbstmord – man sieht die letzte Phase kommen, die im Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 gipfelte, wo schon bald Tausende von ihnen erschossen wurden, und ab 1. September 1941 mussten sie den Judenstern tragen.

Die in dem Band nun folgenden Berichte aus allen Teilen des Reiches dokumentieren eine immer wieder überraschende Kenntnis der Bevölkerung darüber, was mit den verschleppten Juden geschah – nicht zuletzt durch die auf Heimaturlaub kommenden Soldaten und andere im Osten Beschäftigte. Und was haben sich wohl diejenigen über das Schicksal der Verschleppten gedacht, die Juden-Wohnungen zugewiesen bekommen wollten oder deren Einrichtungsgegenstände kauften, wo sie »ihren arischen Arsch in die jüdischen Betten legten«, »nachdem sie die Juden ausgerottet haben«, wie die SD-Außenstelle Kitzingen

am 13. September 1943 einen Gusswerks-Angestellten zitierte?

Der Band ist sehr gut und reichlich mit Zeittafeln und historischem Glossar dokumentiert, sehr sorgfältig und einfühlsam kommentiert – eine erschreckende Sammlung, die einen wieder und wieder fragen lässt, ob das, was die Deutschen den Juden angetan haben, die Folge arroganter Verachtung, ängstlicher Überschätzung, eines immerwährenden Inferioritätskomplexes oder einer fatalen Mischung aus alledem war?

*Heinrich Senfft*

---

***Projektgruppe Belarus (Hg.), »Existiert das Ghetto noch?« Weißrussland: Jüdisches Überleben gegen nationalsozialistische Herrschaft, Assoziation A: Berlin 2003. 319 Seiten. 15 €***

ANFANG Juli 1944 wurde Minsk, die Hauptstadt der belorussischen Sowjetrepublik, von der deutschen Besatzung befreit. Ein Datum, das in der bundesdeutschen Debatte ebenso wenig zur Kenntnis genommen wird wie ein Buch, das sich dem Überlebenskampf weißrussischer Jüdinnen und Juden widmet. Das Gedenken an den 60. Jahrestag der Niederlage in Stalingrad oder den Beginn der alliierten Offensive in der Normandie, aber auch die Debatte über die Vertreibung von Deutschen entsprechen bundesdeutschen Erinnerungsbedürfnissen wohl eher.

Das vorliegende Buch gibt Überlebenden und Opfern der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik eine Stimme. Die HerausgeberInnen schließen damit an eine Veröffentlichung (1999) über weißrussische Kinder in deutschen Konzentrationslagern an. Auch dieser Band basiert vorwiegend auf Erzählungen von Menschen, die anlässlich von Besuchsreisen in der BRD zwischen 1999 und 2001 befragt worden sind: Acht Frauen und fünf Männer schildern ihre Erlebnisse und Erfahrungen in den Ghettos, vor allem dem Minsker. Zusätzlich finden sich die schriftlichen Aufzeichnungen von Felix Lipskij, Sohn der im Minsker Ghetto-Untergrund tätig gewesenen Rosa Lipskaja, und Heinz Rosenberg, einem deutschen Juden, der mit einem Transport aus Hamburg nach Minsk gebracht worden war. Die Erzählungen ergeben ein differenziertes Bild des Lebens im Ghetto: Von zahlreichen Pogromen, permanenter Angst, anhaltendem Hunger wird ebenso berichtet wie von den verschiedenen Rettungsversuchen, von Fluchten und vom Überlebenskampf in Partisaneneinheiten. Das Verstecken von Kindern war eine zentrale Aufgabe des Minsker Ghetto-Untergrundes. So erzählt Sinaida Nikodimowa von der schmerzhaften Trennung von ihrer Mutter, die ihr jedoch das Überleben sicherte.

In der zweiten Hälfte des Buches wird die Verfolgung durch das deutsche Besatzungsregime, das jüdische Leben vor und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die juristische Aufarbeitung der Verbrechen in der BRD thematisiert. Vier Beiträge befassen sich mit der Besatzungszeit. So findet sich neben einem Nachdruck von Christian Gerlachs Text über deutsche Wirtschaftsinteressen und Besatzungspolitik eine ausführliche Darstellung des Minsker Ghettos, verfasst von Daniel Romanowski. Der Autor bezieht

sich auf zahlreiche Quellen, die in israelischen, russischen und weißrussischen Archiven lagern, darunter eine Reihe Aussagen von Überlebenden, und neuere Veröffentlichungen, die in der ehemaligen Sowjetunion erschienen sind. Romanowski weist auf die Besonderheiten des Minsker Ghettos im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ghettos hin. Die Sowjetisierung der Gesellschaft hatte auch die jüdische Bevölkerung erfasst: »In Minsk gab es keine reicheren und ärmeren Juden wie 1941 im Warschauer Ghetto.« (S. 218) Formen gegenseitiger Unterstützung und organisierten Widerstands entwickelten sich so zügig und quer durch die Ghetto-Bevölkerung. Das Verhältnis zwischen nichtjüdischer Bevölkerung und internierten Jüdinnen und Juden war jedoch ambivalent: Antisemitische Ressentiments, aggressives Vorgehen von weißrussischen Kollaborateuren und das weitgehend »indifferente« Verhalten gegenüber der jüdischen Bevölkerung charakterisierten die Besatzungszeit. Wie auch die Überlebenden betonen, trug die Unterstützung durch Weißrussen zur Rettung zahlreicher Menschen bei.

Paul Kohl stellt das Vernichtungslager Trostenez bei Minsk vor, das hierzulande weitgehend unbekannt ist. Angesichts der Zahl der dort ermordetet Menschen – mindestens 206.500 – sollte es jedoch in die Landkarte der deutschen Verbrechen aufgenommen und für Forschungen und im Gedenken stärker berücksichtigt werden.

Andreas Hollender greift, um das Überleben trotz der Vernichtungspolitik zu thematisieren, die Debatte um den jüdischen Widerstands gegen den Holocaust auf und weist insbesondere auf den Überlebenskampf der Jüdinnen und Juden hin. Die hier vorliegenden Erzählungen belegen eindrücklich, dass die weißrussischen Jüdinnen und Juden eben nicht ›wie Schafe zur Schlachtbank gegangen sind‹, und dass ›Widerstand‹ nicht nur militärischer und politisch organisierter Kampf bedeutet hat. Bis heute ist über jüdische Einheiten, wie die um Tuvia Bielskij oder Michail Zorin, in denen mehrere hundert belorussische Jüdinnen und Juden überlebten, zu wenig bekannt.

Schade, dass zum Thema Frauen und Widerstand kein eigenständiger Beitrag zu finden ist, weist doch Anne Klein in einem Exkurs auf ihren »unverzichtbaren Beitrag« und ihre »große Wirkungskraft« hin. Ebenso wie der Artikel von Natalija Yazkjevich zum Konzentrationslager an der *uliza Schirokaja* in Minsk findet sich Kleins Beitrag nicht im Inhaltsverzeichnis.

Der Versuch der HerausgeberInnen, eine Synthese aus *oral history* und ›traditioneller‹ Geschichtswissenschaft zu schaffen, ist hoch zu bewerten. Die Lektüre wird jedoch durch einige Mängel getrübt, die – zu diesem Eindruck könnte man gelangen – aus der Unentschiedenheit resultieren, ob der Band eine wissenschaftliche Veröffentlichung sein soll oder nicht.

Kritisch anzumerken ist der Umgang mit Quellenangaben. Im Text von Christian Gerlach sind »aus Platzgründen« die Fußnoten entfernt worden, und Paul Kohl verweist auf die Quellen seiner Darstellung nur gesammelt am Ende des Beitrages. Wer also nachschauen möchte, muss entweder Gerlachs Erstveröffentlichung nachschlagen, oder sich durch die zahlreichen von Kohl bereits ausgewerteten Aktenberge arbeiten.

Besonders augenfällig ist jedoch, dass die Durchführung von Interviews mit Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik nirgend kritisch thematisiert wird. In einem Buch, indem solche Interviews mehr als die Hälfte des Inhalts ausmachen, sollte auf eine Reflexion nicht verzichtet werden, zumal die Interviews weitgehend unbearbeitet publiziert sind. Das kann sinnvoll sein, wenn die Interviews selbst als Quelle zur Verfügung gestellt werden. Dann aber müssten die methodischen Zugänge und Vorüberlegungen zugänglich gemacht werden.

Erzählte Geschichte verweist immer auch auf den Charakter des Erlebten und Diskurse der Nach-Geschichte. Anmerkungen zur Art und Weise der Erzählung, zur Interviewsituation und über das Verhältnis von individuellem und kulturellem Gedächtnis sind deshalb notwendig.

Ohne einen Verweis auf diese Aspekte sind der ›üblichen‹ Kritik an *oral history* als ›subjektiv‹, ›ungenau‹ und ›unzulänglich‹ Tür und Tor geöffnet. Dies wird weder den Überlebenden noch den verdienstvollen Bemühungen der HerausgeberInnen gerecht.

Trotz dieser Kritik ist das vorliegende Werk ein wichtiges Buch von WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Kontexten, und die dadurch eingebrachte Vielfalt von Quellen und Perspektiven ist eine Bereicherung für die Forschung zum nationalsozialistischen Genozid in der Sowjetunion. Vor allem aber bietet der Band eine Vielzahl von Informationen und Erfahrungen aus der Sicht von Überlebenden, die bisher in Deutschland noch viel zu wenig gehört worden sind.

*Anika Walke*

---

***Stephan Malinowski, Vom König zum Führer, Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin: Akademie-Verlag 2004 (Elitenwandel in der Moderne, Bd. 4). 660 Seiten. 59,80 €***

EIN Standardwerk ist anzuzeigen, eine Arbeit, in der endlich die fatale Rolle des deutschen Adels in der Zwischenkriegszeit systematisch in den Blick genommen wird. Malinowski füllt mit seiner Dissertation nicht bloß eine ›Forschungslücke‹. Sie bietet darüber hinaus wichtige Einblicke in das Innenleben des Adels in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und dürfte auch Veranlassung geben, manches Ereignis und manche Entwicklung dieser Zeit neu zu deuten. Die Arbeit ist in vier große Abschnitte übersichtlich gegliedert und, bei akademischen Qualifikationsarbeiten keine Selbstverständlichkeit, gut zu lesen, ohne dass dies auf Kosten einer präzisen Begrifflichkeit geht.

Dem ersten Abschnitt über die Sozial-, Kultur- Organisationsgeschichte des deutschen Adels im 20. Jahrhundert, in dem u.a. deutlich wird, wie sehr dieser Stand intern hierarchisiert, zudem regional zersplittert blieb, folgt ein höchst instruktiver Abschnitt über die fundamentale Identitätskrise des Adels in der Phase von »Zusammenbruch und Neuorientierung nach 1918«. Die Novemberrevolution und die ›ehrlose‹ Flucht der Hohenzollern waren, so Malinowski, »ein Schockerlebnis mit nachhaltiger Wirkung«, das an Bedeutung für den Adel die Zäsur 1933 und selbst den Epochen-

schnitt 1944/45 bei weitem übertraf. Die Gefühle, mit denen der Adel Revolution und Revolutionäre betrachtete, oszillierten zwischen »der Angst vor den mordlustigen ›Rotten‹ und einem eher spöttischen Blick auf den entfesselten ›Pöbel‹«. Aus der Panik angesichts einer zunächst machtvollen Arbeiterbewegung entwickelte sich eine Radikalisierung nach rechts, die fast den gesamten Adel erfasste. Sie gehört »zu den wichtigsten Ergebnissen der Revolution«. (S. 209, 215) Malinowski belässt es nicht dabei, dies lediglich zu konstatieren; vielmehr entdeckt er den zentralen Grund für die Affinitäten des Adels zu einem faschistischen Militarismus in dessen tiefsitzender habitueller Struktur: Wenn Gründung und Aufbau der Freikorps zumeist vom Adel ausging und sich zahllose Adlige diesen blutrünstigen Milizen bereitwillig anschlossen, dann lag dies wesentlich im traditionell »kriegerischen Habitus« aller Schichten des Adels begründet. »Adlige Männer waren ausschließlich in maximaler Entfernung von den Träumen und Formen bürgerlich-proletarischen Pazifismus sozialisiert worden.« Sie wurden »zu den wichtigsten Protagonisten bei der Festschreibung der ›Kultur des Krieges‹ der deutschen Nachkriegsgesellschaft«, weil »die Kultur des militärischen Tötens und Getötetwerdens nicht nur Propaganda, sondern eine in den adligen Militärclans historisch tief verwurzelte, gelebte und gelobte Realität« war. (S. 216) Die ökonomische und politische Balance zwischen den Adelsschichten verschob sich nur wenig verschoben: »Die immense soziale Distanz zwischen den reichsten und ärmsten Gruppen des Adels« blieb. »Die Gruppe der Standesherren [...] behielt gegenüber dem größten Teil des niederen Adels einen erheblichen Vorsprung an ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital«. (S. 288 f.)

Im dritten großen Abschnitt seiner Arbeit wendet sich Malinowski dem Organisationsverhalten des Adels während der Weimarer Republik zu, u. a. den Veränderungen und Querelen in der »Deutschen Adels-Genossenschaft« sowie dem rassistisch aufgeladenen »EDDA«-Projekt, von ihm als »völkische Zerstörung des Adelsbegriffs« interpretiert. Ausführlich thematisiert Malinowski auch den »Deutschen Herrenklub« – die ›soziale Basis‹ des Papen'schen Präsidialregimes und gleichzeitig der Versuch einer Elitenverständigung zwischen Adel und Großbürgertum mit dem Ziel, einer von den alten Eliten getragenen, rechtsautoritären Diktatur zum Durchbruch zu verhelfen. Wichtig ist, dass der deutsche Adel 1918 bis 1933 fast geschlossen den Weg nach rechts ging. Diejenigen Adligen, die mit der Linken sympathisierten, waren Exoten; sie lassen sich fast an einer Hand abzählen. Von ihren Standesgenossen wurden sie »sozial exekutiert«, ein Aspekt, der gleichfalls »die enorme Festigkeit des Adelshabitus« und nicht zuletzt die rechtskonservative, semi-faschistische Geschlossenheit des vormals ›ersten Standes‹ erklärt. (S. 474) Am spannendsten ist der mit »Der deutsche Adel und die NS-Bewegung« betitelte vierte Abschnitt der Arbeit Malinowskis. Hier nur einige der wichtigeren Ergebnisse: Ähnlich wie beim Bürgertum und Kleinbürgertum besaß der Antisemitismus eine »zentrale Bedeutung als kommunikative Brücke zwischen Adel und Neuer Rechten«. »Die Vorstellung, im Adel seien v. a. ›moderate‹ Formen des Antisemitismus gepflegt und dessen brutalste Formen auf Distanz

gehalten worden, findet in den Quellen keinen Halt.« Vielmehr habe gerade »der Rassenantisemitismus vulgärster Ausprägung bereits im Kaiserreich auch aus den Reihen des Adels aktiven Zuspruch erhalten.« (S. 482, 487) Da »das Denken in Führer-Gefolgschafts-Mustern im Adel fest etabliert« war, wurde – neben dem Antisemitismus – der (vom NS freilich aus ständischen Bindungen gelöste und rassistisch umdefinierte) »Mythos des Führertums zu[r] wichtigsten kommunikativen Brücke, über die Adel und Nationalsozialismus zueinander fanden.« (S. 489) Verstärkt wurden diese Bindungen durch einen partiell-kollektiven Aufstieg, den das »Dritte Reich« bot: »Die aufgeblähte Kriegsmaschine der Wehrmacht öffnete einem Teil der Adelssöhne einen der traditionellen Karrierewege, der nach 1918 zu einer engen Gasse geschrumpft war. Gleiches gilt für die vom Nationalsozialismus geforderte »Säuberung des Beamtenapparates und die nach diesen ›Säuberungen‹ vakanten Stellen.« Dass sich in den höheren Rängen der SS zahlreiche Adlige tummelten, wusste man zwar schon vorher. Malinowski wartet jedoch mit empirischen Ergebnissen auf: Nach seinen Recherchen gehörten (bei einem Bevölkerungsanteil von unter einem Prozent) 8,4 Prozent der Standartenführer, 14,3 Prozent der Brigadeführer, 9,8 Prozent der Gruppenführer und 18,7 Prozent der Obergruppenführer adlig. Ebenso wenig bekannt war bisher, dass sich nicht wenige »Mitglieder des hohen und des niederen, des reichen und des armen Adels nach 1939 in Anfragen an die SS-Führung um die Option auf Landgüter in den Beutegebieten« bemühten. (S. 501 f., 503) Auch innerhalb der NSDAP war der Adel – und zwar keineswegs nur der niedere, häufig verarmte Adel, sondern ebenso zahlreiche Mitglieder der Fürstenhäuser – »eindeutig überproportional vertreten«. Bemerkenswert ist dies nicht zuletzt deshalb, weil der Adel »Parteien« traditionell noch weit distanzierter gegenüber stand als etwa das Bürgertum. Wichtig ist außerdem, dass eine im Vergleich zu allen anderen Bevölkerungsgruppen weit überdurchschnittliche Zahl der Adligen deutlich vor 1933 in die NSDAP eintrat, also zu den ›Überzeugungs-Nazis‹ gerechnet werden muss. (S. 560–578, Zitat: S. 575)

Gleichsam nebenbei räumt Malinowski in seiner empirisch gesättigten Arbeit mit einem zentralen historischen Mythos der bundesdeutschen Eliten auf: Die adligen Verschwörer vom 20. Juli 1944 waren innerhalb ihres Standes nicht nur eine winzige, verschwindende Minderheit und in ihrem Handeln und Selbstverständnis keineswegs repräsentativ für die übergroße Mehrheit des deutschen Adels. »Anders als adlige Memoiren und ein erheblicher Teil der älteren Literatur nahelegen, ist [auch] die konsequente NS-Gegnerschaft, die in direkter Linie von der Weimarer Republik bis zum Martyrium des 20. Juli 1944 verläuft, ein im Adel äußerst seltener Fall. Ein Großteil der Verschwörer des 20. Juli 1944 gehörte 1933 zu den Befürwortern einer ›nationalen Revolution und hatte vor 1933 mehr oder minder aktiv gegen die Republik agiert. [...] Die bis heute aushängenden, makellos glänzenden Porträts der Verschwörer spiegeln in den meisten Fällen wohl weniger die Selbstsicht der Porträtierten als die politischen Interessen ihrer selbsternannten Erben wider. Für die Produktion der ›Widerstandslegende‹ im Kontext der Wiederaufrichtung bür-

gerlicher Herrschaft in der frühen Bundesrepublik wurden nicht abwägende historische Analysen, sondern glänzende Leitbilder benötigt, die sich im geteilten Deutschland als Trümpfe um die politische Deutungsmacht ausspielen ließen. Der Adel hat diese Legendenproduktion verständlicherweise nach Kräften unterstützt, da ihm die Gleichung Adel = 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik einen immensen Prestigegewinn einbrachte, der bis in die Gegenwart nachwirkt und seit 1990 erneut an Bedeutung gewonnen hat.«. (S. 588f.) Auch sonst – und das macht die Qualität der Arbeit zu großen Teilen aus – zeichnet sich Malinowski durch eine erfrischende, für Adelshistoriker eher untypische, kritische Distanz zum Analyseobjekt aus.

Rezensenten suchen, mitunter fast verzweifelt, nach Kritikpunkten, die sie ihrem Publikum präsentieren können. Mir ist nur ein Defizit aufgefallen: das Personenregister. Es wimmelt vor Adligen; darüber hat Malinowski (so zeigen Stichproben) einige wichtige ›Bürgerliche‹ vergessen, etwa Waldemar Pabst (einer der Drahtzieher des Attentats auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und als eine der zentralen Figuren des Anfang der dreißiger Jahre im höchst einflussreichen rechtskonservativ, semi-faschistischen »Nationalen Klubs« von Bedeutung: S. 450), der als ›Brückenkopf‹ zwischen alten Eliten und NS-Bewegung noch wichtigere spätere Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers (S. 449) oder auch Mussolini (u.a. S. 489, 598). Das sind angesichts der zahlreichen Vorzüge dieser Arbeit freilich Bagatellen.

*Rüdiger Hachtmann*

***Robert J. C. Young, Postcolonialism. A Very Short Introduction, Oxford University Press: Oxford/New York 2003. 178 Seiten. 6,99 £***

POSTKOLONIALER Theorie eilt nicht nur im deutschen Diskursraum der Ruf voraus, schwer zugänglich und unverständlich zu sein. Entsprechend groß ist der Bedarf nach einführender Literatur. Mit dem in Oxford englische Literatur und kritische Theorie lehrenden Robert Young wurde für diese Einführung ein außerordentlich renommierter wie politisch engagierter Autor gewonnen.

Wer einen zusammenfassenden Überblick in diesem unüberschaubaren Bereich geben will, wird direkt mit der strukturellen Artikulationsweise postkolonialer Diskurse konfrontiert, die sich einer vereinheitlichenden Darstellungsweise entziehen. Postkoloniale Diskurse sind undogmatisch, ambivalent und prinzipiell offen angelegt, lehnen allgemeingültige Definitionen ab und sind transdisziplinär sehr ausdifferenziert. Sowohl die Vielfalt postkolonialer Literaturen als auch die *Postcolonial Studies* setzen kolonial-rassistische wie prä-, neo- und postimperiale Dynamiken und Zeiträume ins Verhältnis. Sie beziehen sich sowohl auf Trikont- als auch auf westliche Metropolengesellschaften, um globale Zusammenhänge und Abhängigkeiten in Augenschein zu nehmen.

Wie also mit solchen Differenzierungen und Mehrdeutigkeiten in einer Kurzeinführung umgehen? In dieser Situation schlägt Young einen recht ungewöhnlichen Einstieg in postkoloniale Debatten vor, um nach dem Werbeversprechen

des Verlags »stimulating ways in to a new subject« zu finden. Statt wie bei einer Einführung gemeinhin erwartet historische Hintergründe, wesentliche Theorieansätze sowie aktuelle Debatten dieses Arbeitsfeldes systematisch aufzubereiten und zu diskutieren, verfolgt diese Publikation das Ziel, die grundsätzlich populistische Ausrichtung des Postkolonialismus hervorzuheben. Da Young sich einerseits auf die alltäglichen Erfahrungen und kulturellen Praktiken in postkolonialen Lebenswelten sowie andererseits auf die sich daraus entwickelnden politischen Kämpfe konzentriert, definiert er in seiner Einleitung den von ihm hier vorgestellten »postcolonialism from below« als »postcolonialism without the obscure theory«. (S. 6) Durch diese Selbstbeschränkung werden wesentliche Elemente postkolonialer Kritik links liegen gelassen. Weil die Autorität einer theoretisch geschulten Sprechweise und Sprache, wie Young meint, gewöhnliche Menschen als defizitär vorführt, unternimmt er bedauerlicherweise erst gar nicht den Versuch, theoretische Kerninhalte postkolonialer Ansätze durch eine verständliche Wissensvermittlung zu demokratisieren. Dadurch verzichtet dieses Buch auch auf die Chance, die akademische Wissensproduktion stärker auf die Praktiken postkolonialer Subjekte zu beziehen.

Neben Literaturhinweisen kommen theoretische Links nur in Form von eingestreuten Zitaten berühmter VIP-Postcolonials wie Frantz Fanon, Homi Bhabha und Edward Said vor. Weibliche Stimmen sind dagegen bis auf Ausnahmen wie Gayatri Spivak und Trinh Minh-ha merklich unterrepräsentiert. Jedoch ist diese Ungleichgewichtigkeit weniger dem Autor zuzuschreiben als der männlichen Dominanz innerhalb dieses Diskursfeldes geschuldet. Die Zitate sind klar vom restlichen Text abgetrennt und werden nicht weiter kommentiert.

Diese an textuellen Collagen und Montagen erinnernde Arbeitstechniken strukturieren auch ansonsten das Buch. Unterschiedlichste Themen, Zeiten und Orte werden in Verbindung gesetzt, indem verschiedene Narrationen lose miteinander verschränkt und als Episoden einer zusammenhängenden Geschichte ineinander übergeblendet werden. Entsprechend changiert auch der Sprachduktus zwischen akademischen, journalistischen und aktivistischen Frequenzen, um abhängig vom behandeltem Thema so plastisch und gradlinig wie möglich zum machtkritischen oder politischen Argument zu kommen. Auch die Visualisierung dient diesem Anliegen. Oftmals werden historische Bilddokumente als geschichtlich bedeutsame Moment- und Nahaufnahmen, aber auch als fortwirkende Hintergrundfolie gelesen. Sie dienen als Aufhänger um auf lokale Kämpfe und politisch bedeutsame Biographien einzugehen, die jedoch immer in einen globalen und historischen Kontext gestellt werden.

Dabei reißt Young eine enorme thematische Spannbreite an: schwarze Revolutionäre des Black Atlantic in Harlem, die Kolonialgeschichte des Bombenkrieg in Irak, hybride algerische Raï-Musik, die orientalisierte Darstellung der arabischen Frau, die Debatte um das islamische Kopftuch, Grenzregime und Migration, Hindu-Nationalismus, die Politik multinationaler Konzerne, der Kampf der Landlosenbewegung in Brasilien, die ökologische Chipko-Frauenbewegung und die Anti-Staudamm-Bewegung in Indien

etc. Zwischen durch fließen politische Biographien etwa von Frantz Fanon, Che Guevarra, Mahatma Gandhi und Phoolan Devi in die lebendige Darstellung ein. Wenn diese bunt gemischten Einzelaspekte als Teile eines globalen Puzzles zusammengesetzt werden, ergeben sie in ihrer Gesamtheit zwar kein vollständiges Bild, aber dafür ein Panorama, das das Spektrum und die Knotenpunkte postkolonialer Diskurse verdeutlicht. Der Ansatz in Fragmenten zu sprechen, versucht auf diese Weise auf die komplexe Diversität und Ambivalenz postkolonialer Artikulationen hinzuweisen und sich dem modischen Aneignungsinteresse nach einer stringenten und einheitlichen, d. h. operationalisierbaren wie verwertbaren Definition des Postkolonialen zu verweigern.

In insgesamt sieben Kapiteln, die sich kaleidoskopartig mit diversen Einzelaspekten von subordiniertem Wissen, Gegengeschichte, Raumaneignung, Hybridität, Feminismus, Globalisierung und Übersetzung im postkolonialen Kontext auseinandersetzen, entfaltet Young eine epistemologische Landkarte. Dabei werden sehr unterschiedliche Fragmente postkolonialer Lebenswelten und Interventionen als Ausgangspunkte einer diskursiven Reise genommen, die diachronisch und assoziativ verläuft. So besteht das erste Kapitel »subaltern knowledge« im ersten Teil aus einer Reportage über ein afghanisches Flüchtlingslager in Pakistan. Diese Geschichte überlagert sich dann assoziativ mit Bildern einer zerstörten palästinensischen Schule in den besetzten Gebieten und Erinnerungen an demolierte Townships im südafrikanischen Apartheidsstaat. Das Bemühen die fragilen Lebensrealitäten marginalisierter Subjekte sowie Gruppen anzuerkennen und aufzuwerten, kann für die unterprivilegierte Präsenz des fremd gemachten Anderen sensibilisieren. Aber es kann auch zu einfachen Gleichsetzungen führen, die die spezifischen Verhältnisse und lokalen Geschichten nicht ausreichend beachten. Daran schließt sich etwas unvermittelt ein Hinweis auf die Bandung-Konferenz von 1955 und die Entstehung der trikontinentalen Bewegung der Blockfreien an, die eine dritte Perspektive jenseits von Kapitalismus und Staatskommunismus angeboten hätten. Wie Wissen sowohl als Werkzeug der mentalen Befreiung als auch der herrschaftlichen Einschreibung wirken kann, wird abschließend durch Erzählungen von Langston Hughes, Jean Rhys und der Auseinandersetzung um Salman Rushdies »Satanische Verse« versinnbildlicht. Solche Rekonstruktionen und Analysen eröffnen Denkräume, die auf internationale Verwobenheiten, historische Kontinuitäten und globale Konflikte aufmerksam machen, erfordern aber ein aktives Lesen.

Youngs moralisches Empfinden gegenüber global hergestellten Ungerechtigkeiten, kolonialhistorisch etablierten Gewaltformen und seine politische Leidenschaft kapitalistische Machtverhältnisse und Genderhierarchien zu kritisieren, durchziehen das gesamte Buch. Es erhält durch diese Prägung eine distinkte politische Note, die im akademischen Kontext der BRD kaum (noch) anzutreffen ist und daher als Diskussionsgrundlage mit Gewinn zu lesen ist.

*Kien Nghi Ha*

***Philipp Scheidemann, Das historische Versagen der SPD. Schriften aus dem Exil. Herausgegeben von Frank R. Reitzle. Mit einer Einleitung von Claus-Dieter Krohn, zu Klampen Verlag: Lüneburg 2002. 236 Seiten. 19,80 €***

IM März 2005 feierte die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr achtzigjähriges Bestehen. Und die nicht mehr »liebe, gute, alte SPD« gedachte gleichzeitig des einstigen Arbeiterführers und ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, der am 20. Februar 1925 gestorben ist. Grund genug, den Rückblick zu hinterfragen und an einen Mann zu erinnern, der zusammen mit Friedrich Ebert ab 1917 Parteivorsitzender der MSPD war, mit ihm und Gustav Noske die Mehrheitssozialdemokratie im Rat der Volksbeauftragten vertrat und 1919 der erste Ministerpräsident der Weimarer Republik wurde: der Schriftsetzer und Redakteur Philipp Scheidemann. Scheidemanns Schriften aus dem Exil erblickten erst 2002 das Licht der Öffentlichkeit – gegen den Willen des SPD-Parteivorstands.

»Der Feind steht rechts! Arbeiter, seid einig!« Am 7. Oktober 1919 verkündete Scheidemann diese Parole vor der Nationalversammlung. »Man hatte mich ausgelacht wegen meiner Schwarzseherei und mir die weitere Beteiligung an der ›Führung‹ der Partei direkt verekelt«, bemerkte Scheidemann am 17. März 1935 in Kopenhagen. Er, der am 9. November 1918 vom Balkon des Reichstages – gegen den Willen vieler seiner Parteifreunde um Friedrich Ebert – die freie deutsche Republik ausgerufen hatte, verteidigte im Exil noch einmal seine Demission als Ministerpräsident im Juni 1919. Scheidemann war nicht bereit, dem Friedensvertrag von Versailles zuzustimmen, weil er den antirepublikanischen Geist in der Nationalversammlung und die heimlichen Querverbindungen zu den zahlreichen rechtsradikalen Kampfbünden nicht stärken wollte. Er sollte Recht behalten, hielt aber damals mit der Kritik an seiner Partei und an Ebert offiziell zurück. Dennoch war seine Parteikarriere beendet. Er zog sich in die Provinz zurück und übernahm das Amt des Oberbürgermeisters in seiner Heimatstadt Kassel. Aber er gehörte weiterhin dem Reichstag an und deckte dort die geheimen Rüstungen der Reichswehr auf. Verhasst bei der Rechten wie kaum ein anderer flüchtete er im Februar 1933 mit Otto Wels und Friedrich Stampfer nach Prag. Im August 1934 wählte er Kopenhagen zum Exilort. Hier verstarb er im August 1939, wenige Monate bevor die deutsche Wehrmacht Dänemark besetzte.

Dem Kampen-Verlag gebührt das Verdienst, dass nach fast 70 Jahren die Schriften aus dem Exil endlich gedruckt wurden – nach langen juristischen Streitigkeiten und der Weigerung der SPD-Parteileitung, die Aufzeichnungen zu veröffentlichen. Erich Ollenhauer, ebenfalls ein Mann des Exils, schrieb am 25. Februar1948 an die Tochter Scheidemanns: »Es liegt im Interesse der Partei, wenn das Manuskript, in dem sich Ihr Vater ja teilweise sehr kritisch mit der offiziellen Politik der Partei in der Weimarer Republik auseinandersetzt, nicht in der gespannten Situation veröffentlicht wird.« (S. 8)

Schonungslos geht Scheidemann mit der eigenen Partei ins Gericht, vor allem was das Verhalten von 1918/19 und die

Gründe für die katastrophale Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 betrifft. Er wirft der eigenen Partei ein doppeltes Versagen vor, das in der Katastrophe von 1933 endete: Die Mehrheitssozialdemokratie verfügte 1918/19 über entscheidende Machtpositionen in der jungen Republik, aber sie war nicht bereit, mit den einflussreichen Gruppen aus dem Kaiserreich zu brechen. Weil aus Angst vor dem Bolschewismus keine wirkliche Reform der Macht- und Verwaltungsstrukturen zustande kam, gewannen die reaktionären Kräfte schnell wieder an Einfluss. Und 1932/33 mahnte die SPD-Führung gemeinsam mit den ADGB-Gewerkschaften ihre kampfbereite Anhängerschaft so lange zur »Disziplin, bis es zu spät war, die Machtübertragung an Hitler zu verhindern«. (S. 37) Diese »absolute Disziplin der SPD, als heiligstes Parteisakrament gefeiert, ist uns heute fast unverständlich«, heißt es erläuternd dazu. (S. 92) Scheidemanns Kritik an den »Bonzen der Sopade« um Wels und Stampfer kulminiert in der Bemerkung: »Wels wurde von den deutschen Parteigenossen auf Umwegen … zurückgeholt, um an dringlichen Besprechungen teilzunehmen und als Parteivorsitzender im Reichstag die schwächliche Erklärung der Fraktion abzugeben, die Stampfer verfasst hatte.« (Gemeint ist die bis heute hochgeschätzte Rede gegen das Ermächtigungsgesetz vom März 1933). Und das dreiste Auftreten der Nazis sei ab Februar 1933 übertroffen worden »von dem schwächlichen Verhalten des opportunistischen Restes der Reichstagsfraktion unter Führung des früheren Reichstagspräsidenten Löbe – von dem passiven Verhalten des Rumpfvorstands der SPD und der Vorstände der Gewerkschaften gar nicht zu reden«, deren »Verhalten kläglich zum Erbarmen gewesen« sei. (S. 37 f.)

Im zweiten Hauptteil der Aufzeichnungen (»Kritik an der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Führung«, S. 76–160) konzentriert Scheidemann seine Kritik auf den ersten Reichspräsidenten. Ebert sei hauptverantwortlich dafür gewesen, dass die SPD in der Novemberrevolution nicht die notwendigen Strukturreformen durchgeführt habe, um die Weimarer Republik mit einem tragfähigen Fundament auszustatten. Wegen seiner »erstaunlichen Militärfrömmigkeit« sei Ebert als Reichspräsident »der Gefangene der Reichswehr gewesen«, der noch dazu ein Bündnis mit den Freikorps eingegangen sei. Ebenfalls vernichtend fällt sein Urteil über die Gewerkschaftsführer aus. Ihre »Versuche, einen Modus vivendi mit Hitler zu finden«, stünden »beispiellos da in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung«. (S. 38) Sie hätten schon 1932 nach dem Papenputsch zum Mittel des Generalstreiks greifen müssen. Scheidemann hält fest: »Für den ernsthaften Forscher liegt klar zutage, wie eine große und starke Partei durch ellenbogenstarke Männer mit ungeheurem Einfluss – trotz aller Demokratie! – mit großem Ehrgeiz, kleinem politischen Horizont und keinem historischen Sinn, zugrunde gerichtet werden kann.« (S. 107) Dass er dabei seinen eigenen Beitrag zu diesem Versagen ausklammert, schmälert die Bedeutung seiner Analyse nur unwesentlich. Sein Verdienst sei es gewesen, betont er immer wieder, dazu beigetragen zu haben, »dass Deutschland 1918/19 vom Bolschewismus verschont« geblieben sei. (S. 104) Resümierend notiert Scheidemann: »Der große Zusammenbruch im Jahre 1918 war die unmit-